

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Juli und August 1963

I. <u>Politik, Ideologie, Kultur</u>	Seite:	1
1) Lage in der Partei nach dem letzten ZK-Plenum		1
2) Aus dem Verlauf des XIII. Plenums in Warschau		4
3) Polemik mit den chinesischen Kommunisten		12
4) Atom-Abkommen und die Bundesrepublik		15
5) Breslau als "Neu-Lemberg"		16
6) "Annullierte" Teilung Polens		18
II. <u>Wirtschaft</u>		19
1) Wirtschaftliche Ergebnisse des I. Halbjahrs 1963		19
2) Versteckte Reserven		20

I. POLITIK, IDEOLOGIE, KULTUR

1) Lage in der Partei nach dem letzten ZK-Plenum

Die erwarteten Auseinandersetzungen haben auf dem letzten Plenum des ZK in Warschau (4. - 6. Juli) nicht stattgefunden.

Man hatte sich lange auf diesen Kampf vorbereitet. Der interne Kampf zwischen den Neostalinisten und "Liberalen" unter polnischen Kommunisten wurde lange Zeit als "Partisanenkrieg" geführt, in dem Heckenschützen die größte Rolle spielten. Die Hauptkräfte der beiden Fraktionen schonten sich für eine Entscheidungsschlacht, die nun - offenbar auf Wunsch GOMULKAS - vertagt wenn nicht verhindert wurde.

Der Parteichef hatte lange damit gezögert, eine Plenarsitzung des Zk einzuberufen, die beiden verfeindeten Flügeln in der Partei Gelegenheit zum Frontalangriff hätte geben können. Gegenüber dem Kleinkrieg, den die beiden Gegner schon seit langem führen, verhielt er sich erstaunlich passiv, vielleicht weil er glaubte, auf diese Weise eine sichtbare Schwächung der Partei zu vermeiden. Die Verzögerungstaktik sollte eine Entscheidung in immer weitere Ferne rücken und vielleicht mit der Zeit die Kampflust der Fraktionen abkühlen.

Diese Rechnung ist nur zum Teil aufgegangen. Die Verfeindung der kämpfenden Parteien wurde immer stärker, und eine Sitzung des höchsten Parteigremiums ließ sich nicht unendlich lange verschieben. In dieser Situation blieb dem Parteichef nichts anderes übrig, als auf die Prinzipien der "innerparteilichen Demokratie" zu verzichten. Er berief die Sitzung des ZK ein und bedeutete gleichzeitig den Vertretern der Fraktionen, daß notfalls exekutive Mittel dagegen eingesetzt würden, die Plenarsitzung in ein Schlachtfeld von Fraktionskämpfen zu verwandeln.

Mit dieser Drohung konnte sich GOMULKA durchsetzen, weil es im ZK außer den streitenden Fraktionen noch eine "dritte Kraft" gibt, die eine große Anzahl von Mitgliedern umfaßt.

Diese Funktionäre sind aus verschiedenen Gründen dem internen Parteikampf ferngeblieben, teils aus Vorsicht, teils um den Streit nicht noch mehr zu vertiefen. Des internen Parteihaders überdrüssig, unterstützen diese Funktionäre die Bemühungen des Parteichefs, offene Parteikämpfe nicht zuzulassen. Gestützt auf diese Kräfte der Mitte zwang GOMULKA die beiden gegnerischen Gruppen zu einem vorläufigen Waffenstillstand. Die Entschlossenheit des Parteichefs wurde noch zusätzlich durch eine Intervention CHRUSCHTSCHOWS unterstützt, der kurz vor dem Plenum seinen Willen durchblicken ließ, die Einheit und Geschlossenheit der polnischen Partei mit allen Mitteln zu erhalten.

Das XIII. Plenum des ZK in Warschau ist nach diesen Vorbereitungen so verlaufen, wie der Parteichef es sich wünschte. Von der Diskussion über den internen Parteikampf wurde Abstand genommen, nur selten ließen sich die unterdrückten Gefühle aus Äußerungen der Diskussionsrednern herauslesen (Kontroverse zwischen Adam SCHAFF und Wladyslaw KRUCZEK). Die bisherigen Hauptakteure des unterirdisch geführten Kampfes (Ryszard STRZELECKI und Roman ZAMBROWSKI) enthielten sich überhaupt jeder Äußerung, weil sie sich offenbar nicht auf Nebensächlichkeiten beschränken wollten.

Der demonstrative Rücktritt Roman ZAMBROWSKIs aus dem Politbüro und dem ZK-Sekretariat unmittelbar vor dem Beginn der Plenarsitzung des ZK erwies sich als ein taktisch geschickter Zug. Dieser exponierteste "Liberale" bot dem Gegner wegen seiner sehr üblen stalinistischen Vergangenheit eine allzu große Angriffsfläche. Seine Leute, die ihn zu dem Rücktritt überredet haben, besitzen jetzt zweifellos mehr taktische Bewegungsfreiheit. Ein großer Teil der von den Neostalinisten gegen ZAMBROWSKI angesammelten Munition wurde automatisch entschärft und läßt sich nicht mehr verwenden.

Einen neuen "Führer" haben die "Liberalen" unter den polnischen Kommunisten noch nicht küren können. Man spricht davon, daß sie sich um den Parteiveteranen und GOMULKAs Vorgänger Edward OCHAB bemühen, der aber durch seine Augenkrankheit stark behindert ist. Tatsache ist jedenfalls, daß OCHAB in den letzten Wochen mehr Aktivität zeigt. U. a. wurde er zum Vorsitzenden des wichtigen, neugegründeten ZK-Ausschuß für Landwirtschaft nominiert.

Ob OCHAB das Angebot der "Liberalen" annimmt, steht noch dahin. Bis jetzt galt er mehr als Vertreter der "Mitte". Allerdings muß man bedenken, daß die Grenzlinien zwischen den wichtigsten Gruppierungen in der Partei (Neostalinisten, "Mitte", "Liberalen") nicht immer klar verlaufen. CYRANKIEWICZ und RAPACKI sind z.B. gleichzeitig mit den "Liberalen" und den "Gomulkisten" aus der Mitte der Partei verbunden. Der "Gomulkist" und Verteidigungsminister General SPYCHALSKI liebäugelt gleichzeitig mit der neostalinistischen "Partisanengruppe". Von OCHAB weiß man sicher, daß er gegenüber den Neostalinisten feindlich eingestellt ist und von ihnen ebenfalls bekämpft wird. Eine entschiedene Schwenkung auf die Seite der Liberalen scheint also nicht ausgeschlossen.

GOMULKA sorgte dafür, daß die Neostalinisten den Rücktritt ZAMBROWSKI nicht zu einer Festigung ihrer Positionen ausnutzen konnten. Die zwei neuernannten ZK-Sekretäre: Artur STAREWICZ und Boleslaw JASZCZUK sind Vertreter der "Dritten Kraft", wobei STAREWICZ mehr zu den "Liberalen" dagegen JASZCZUK mehr zu den Neostalinisten tendiert. GOMULKA wollte mit dieser Wahl betonen, daß das bisherige Gleichgewicht der Kräfte zwischen den kämpfenden Gruppen nicht zugunsten einer Gruppe verändert werden soll. Noch deutlicher sprach sich der Parteichef für die Aufrechterhaltung des Status quo aus, als er dem Neostalinisten STRZELECKI, der ZK-Sekretär ist, die Beförderung zum Politbüromitglied verweigerte. Der leer gewordene Platz ZAMBROWSKI's blieb vorläufig unbesetzt.

GOMULKA sprach in seinem Hauptreferat vor dem Plenum des ZK über die "Aktuellen Probleme der ideologischen Arbeit der Partei". Er setzte sich scharf mit den polnischen Intellektuellen auseinander, die an die ideologische Koexistenz mit der kapitalistischen Welt glauben. Wissenschaftler und Kulturschaffende wurden wegen ungenügender Engagierung für die Sache des Sozialismus einer scharfen Kritik unterzogen. Dieser Kritik schlossen sich verschiedene Diskussionsredner an.

Der Text des Hauptreferates und die Diskussionsbeiträge wurden in der Parteipresse veröffentlicht. Nichtveröffentlicht wurde lediglich die Schlußrede des Parteichefs und der Diskussionsbeitrag seines engsten Mitarbeiters Zenon KLISZKO. In politischen Kreisen Warschaus ist man überzeugt davon, daß in diesen beiden Ansprachen von dem internen Kampf der Parteifraktionen die Rede war. GOMULKA wollte den ZK-Mitgliedern seinen Standpunkt zu dieser Frage darstellen, KLISZKO mußte ihn dabei unterstützen. Die Betroffenen durften nur zuhören.

2) Aus dem Verlauf des XIII. Plenums des ZK in Warschau

Wladyslaw GOMULKA:

Das sozialistische Bewußtsein des Volkes entstehe nicht automatisch als Produkt der neuen gesellschaftlichen Bedingungen. Es werde geboren und verbreitet durch die tägliche politische, ideologische und erzieherische Arbeit der Partei, der Volksmacht, der Millionen Menschen, die um die Verwirklichung der sozialistischen Entwicklungsperspektiven kämpfen, erklärte GOMULKA, um dann fortzufahren:

Dem neuen fortschrittlichen Bewußtsein des Volkes stellten sich sowohl reaktionäre politische Kräfte als auch rückständige Traditionen entgegen. Die wenigen noch aktiven reaktionären Kräfte, bewußt antisozialistisch und auf den enteigneten Klassen basierend, von der Kirchenhierarchie unterstützt, versuchten die Haltung der Bevölkerung zu beeinflussen.

Alles was sich gegen den Sozialismus richte, jedes Anzeichen des Weichens vor der bourgeoisen Ideologie in der Propaganda, Wissenschaft und Kultur, stehe im Widerspruch zu den nationalen Interessen Polens, zum Patriotismus.

Auf dem Gebiete der historischen Wissenschaften sei gegenwärtig die Geschichte am wichtigsten, weil sie die Haltung der Menschen am meisten beeinflusse. Indessen seien die Kader der historischen Fakultät, die sich mit der neuesten Geschichte befassen, nicht so zahlreich, wie jene, die sich der Erforschung früherer Jahrhunderte widmeten. Das Gebiet der jüngsten Geschichte befinde sich gewissermassen in der Hand von Historikern und Publizisten, die konservativ denken, sich an bürgerlichen Denkschablonen halten und den Sinn der Geschichte nicht verstehen. Es erheben sich Stimmen, die die marxistische Geschichtsschreibung wegen der angeblich zu kritischen Behandlung der Politik der Vorkriegsregierungen Polens angreifen. Es gebe auch Tendenzen, die damalige Kommunistische Partei Polens einseitig zu kritisieren oder gar zu verdammen, während die Polnische Sozialistische Partei gleichzeitig rein gewaschen werde. Solchen Tendenzen müsse man sich entschieden entgegenstellen.

In den soziologischen Wissenschaften, die wohl am stärksten den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie unterlägen, fänden sich sogar Autoren, die offen für die friedliche Koexistenz auf dem Gebiete der Ideologie einträten. Es ist bezeichnend, daß sich in den letzten Jahren die Autoren vieler soziologischer, ökonomischer und philosophischer Werke sehr weitgehend auf die westeuropäischen und amerikanischen Quellen gestützt hätten, aber die sowjetischen Autoren und sogar die Klassiker des Marxismus unberücksichtigt ließen.

Manche Gelehrte hätten die merkwürdige Auffassung, daß "Objektivismus" und "Wissenschaftlichkeit" mit Entpolitisierung der sozialen Wissenschaften und Verzicht auf den ideologischen und politischen Kampf gleichbedeutend seien.

Auch auf dem Gebiete der Kultur, Literatur und Kunst gebe es einen ideologischen Kampf. Viele polnische Kulturschaffende begriffen die Situation nicht, in der sich das Land befände, sie begriffen auch nicht den Sinn des ideologischen Kampfes, der in der heutigen Welt geführt werde. So unterlägen sie dem Druck der bourgeoisen Ideologie. Manche Kulturschaffenden richteten ihren Blick ausschließlich nach dem Westen, dort suchten sie Eingebungen. Dieses Wettstreiten mit Paris und New York, diese snobistischen Versuche, mit verschiedenen Kunstrichtungen, die im Westen auftauchten und schnell wieder verschwänden, Schritt zu halten, sei einfach lächerlich, wenn es nicht bestimmte ideologische, kulturelle und moralische Schäden nach sich zöge.

In den Werken mancher jungen Schriftsteller fände man den Extrakt des Zynismus. In manchen Werken dieser Art versuche man, die beschriebenen Symptome von Zynismus, Demoralisierung und Entartung als die Folge der bei uns vorherrschenden Verhältnisse darzustellen. Auch das habe bisher keinen ausreichenden Widerspruch gefunden. Sehr beliebt sei es vor einigen Jahren in gewissen intellektuellen Kreisen gewesen, über Arbeitsaktivisten, Opferbereitschaft und sozialistischen Realismus zu spotten.

Die Partei werde nicht zulassen, daß man antisozialistische und vom erzählerischen Standpunkt schädliche Tendenzen verbreite. Welchen Sinn habe es z.B., daß manche Theater hartnäckig gewisse bürgerliche Bühnenaufsteller lancierten, deren Stücke ausgesprochen antisozialistischen Charakter hätten? Ähnliches käme auch im kulturellen und künstlerischen Repertoire des Fernsehens vor. Mit Rücksicht auf die Massenwirkung des Fernsehens sei hier ein besonderes Gefühl für Verantwortung unentbehrlich.

Die literarische Kritik sei eine der schwächsten Stellen an der kulturellen Front. Anstatt die negativen Erscheinungen der polnischen Kultur zu bekämpfen, verherrlichten viele Kritiker sie noch, indem sie ideologische

Unklarheiten und künstlerische Erneuerungen von zweifelhaftem Wert förderten.

Die Partei wolle nicht vorschreiben, wie man Bücher schreiben oder Kunstwerke schaffen soll, aber die Partei werde vor allem den sozialistischen Realismus fördern.

Die Arbeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens lasse noch viel zu wünschen übrig, obwohl sie im allgemeinen ein Werkzeug der Politik der Partei geworden seien.

Die Spalten mancher Massenzeitschriften füllten äußerst primitiv und snobistisch zurechtgemachte Berichte über das Leben im Westen. Beschreibungen der herrlichen Schaufenster, Reportagen aus unterentwickelten Ländern, Touristik und Exotik. Alle politischen und gesellschaftlichen Probleme blieben dabei unberührt. Es sei die Pflicht dieser Zeitschriften, sich an dem Kampf um die Erziehung unseres Volkes und unserer Jugend zu beteiligen, an dem Kampf mit dem Gegner, der durch den Äther unaufhörlich seine betrügerische Phraseologie über die "freie Welt" durchschmuggele.

In Kreisen der polnischen Intellektuellen stoße man oft auf das Problem der Grenzen der Freiheit im heutigen Polen. Die Freiheit des Menschen sei nicht nur ein individuelles sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Ein Marxist, der um Freiheit kämpfe, stelle das Problem immer konkret: Freiheit für wen, unter welchen Voraussetzungen, in wessen Interesse? Freiheit sei ein Klassenbegriff. Alle Phrasen über Freiheit "im Allgemeinen", Freiheit ohne Beschränkung usw. seien leere Worte von Schöngelstern oder Feinden. Die Partei befürwortet immer und ganz offen die Einschränkung der Freiheit für die Feinde unseres Systems. Eine antisozialistische Propaganda werde nicht zugelassen.

Die Analyse der Situation an der ideologischen Front beweise, daß ihre größten Mängel dem ungenügenden Offensivgeist im Kampf gegen den

- 0 -

ideologischen Gegner und in der ungenügenden Verbreitung des sozialistischen Gedankengutes unter den Massen lägen.

Dogmatismus als Ideologie finde heute in der Partei kein günstiges Klima, obwohl er in der internationalen Arbeiterbewegung ein wesentliches Problem darstelle. Man müsse jedoch die Partei deutlich vor der Gefahr der Anwendung von administrativen Mitteln im Kampf gegen die Schwäche der ideologischen Front und Überbleibsel des Revisionismus warnen.

An vielen Stellen der ideologischen Front seien die Überbleibsel des Revisionismus noch vorhanden. Sie träten vor allem als Tendenz der friedlichen Koexistenz mit der bürgerlichen Ideologie hervor. Diese relative Beständigkeit des Revisionismus und die Schwierigkeit des ideologischen Kampfes mit ihm lägen daran, daß er eine soziale Basis in kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten und in der kleinbürgerlichen Mentalität finde.

Revisionismus in Ländern, die den Sozialismus aufbauen, bezwecke tatsächlich die Liquidierung des Marxismus-Lenismus zugunsten des Sozialdemokratismus.

Den Kampf, den die Partei aus den Positionen des schöpferischen Marxismus gegen den Revisionismus führe, habe zu seiner Zerschlagung auf vielen Gebieten geführt. Auf einzelnen Gebieten der ideologischen Front sei dieser Kampf aber nicht zu Ende geführt worden. In manchen Parteiorganisationen auf den Hochschulen und in Kreisen der Kulturschaffenden begnüge man sich in vielen Fällen damit, darauf zu warten, daß die Träger falscher Ansichten weniger aktiv würden und die verschärfte Atmosphäre sich beruhige. Die Verantwortung für den nicht genügend konsequenten Kampf gegen die schädlichen Erscheinungen belaste im großen Maße die zentralen Parteinstanzen.

- 9 -

Jozef CYRANKIEWICZ (Ministerpräsident):

"Mich wundert besonders, warum ausgerechnet diejenigen Menschen, die sich in der Zeit des 'Personenkultes' durch Sektierertum und Übereifer auszeichneten, im Jahre 1956 die neue Linie der Partei nicht befürworteten, sondern ein anderes Extrem suchten, den Revisionismus oder noch schlimmeres. Mich wundert, daß viele von ihnen 'Zornig' geworden sind und sich gegen die Partei wie Helden gebärdeten zu einer Zeit, da sie wußten, daß sie sowieso damit nichts riskieren. Sie haben ein kitschiges Schauspiel dargeboten, ein wenig Mässigung hätte nicht geschadet. Diese zornige Haltung gegenüber der neuen Linie der Partei läßt sich schlecht mit der früheren Haltung grenzenloser Befürwortung und Ubereifrigkeit vereinbaren. Hier wird wohl die Frage des Charakters eine Rolle spielen.

In den Kreisen (der Intellektuellen) gibt es viele Leute, die, wenn sie sich auch nicht mit ihren revisionistischem Eifer aufspielen, doch eine bestimmte Atmosphäre des Snobismus erzeugen, die sich darin äußert, daß sie sich von der Partei, von der Parteilinie mindestens distanzieren. In dieser Atmosphäre entsteht manchmal Terror gegen aktives Engagement."

Jerzy PUTRAMENT (Schriftsteller, in der stalinistischen Zeit führender Kulturfunktionär der Partei):

"Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß wir uns im Trommelfeuer der feindlichen Propaganda befinden. Der Feind berieselt und unaufhörlich mit seinen Rundfunkprogrammen. Im Westen gründet man spezielle Diversionszeitschriften, die nicht für die polnische Exil-Intelligenz, sondern für unsere Bevölkerung bestimmt sind. Eine solche Diversions-Zeitschrift ist selbstverständlich die Pariser 'Kultura'."

Die Weltliteratur ließe sich jetzt in zwei große Kategorien aufteilen: Literatur der Verzweiflung und Literatur der Hoffnung. Die Vertreter der ersten sähen die Tragödie des individuellen menschlichen Daseins, den Unsinn des Sterbens, die Verzweiflung des Menschen, aus dem das Leben entflieht.

Für die derzeitige Kulturpolitik Polens stelle sich das Problem anders: Werde sich die Menschheit vor dem Atontod retten können oder nicht? Werde die Menschheit als Ganzheit den Übergang zum Sozialismus früher oder später schaffen? Leider müsse man feststellen, daß es in Polen viele Schriftsteller gebe, die mit den westlichen "Verzweiflungsdichtern" in einer Reihe stünden.

"Ich bin gegen ein administratives Verbot der Veröffentlichung von Werken, die zur Philosophie der Verzweiflung zählen. Diesen Menschen muß man helfen. Es kommt jedoch vor, daß unsere eigenen Instanzen dieses Problem unterschätzen und es nicht politisch, sondern bürokratisch betrachten."

Wladyslaw KRUCZEK (I. Sekretär des Wojewodschaftskomitee Rzeszow
Exponent der neostalinistischen Richtung):

"An alle, die an der ideologischen Front stehen, stelle ich heute die Frage: Zeigt ihr auch ausreichend und richtig unsere wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften, zeigt ihr der jungen Generation eine Perspektive für die Zukunft?"

Man verdammt den sozialistischen Realismus als angebliches Werkzeug der administrativen Lenkung der Kulturprobleme und ersetzt ihn durch sterile Diskussionen über die Freiheit des Wortes. Viele Schriftsteller befinden sich in der inneren Emigration. Ich hörte oft den Genossen zu, die für die Parteischulung verantwortlich sind. Welches Ergebnis bringt sie? Ob die Leute, die sogar an unserer Parteihochschule studieren, ausreichend zum Kampf gegen fremde Ideologien gewappnet sind? Nicht einmal unsere Hochschule gibt ihnen das nötige Rüstzeug!"

Adam SCHAFF (Parteiideologe, bekämpft von Neostalinisten):

"Genosse Kruczek meinte in seinem Diskussionsbeitrag ungefähr folgendes: Wir Mitglieder der Partei und Aktivisten, wir arbeiten und schaffen, was macht ihr, Vertreter der ideologischen Front? Was habt ihr bloß angerichtet? Ich will feststellen, daß ich mit solcher Haltung prinzipiell nicht einverstanden bin. Es gibt keine solche Aufteilung: Hier Aktivisten und dort Ideologen."

Jeder kommunistische Aktivist ist ein Ideologe. Wir müssen diese Sachen verbinden, wenn wir das Bewußtsein des Volkes umgestalten wollen."

Mieczyslaw MOCZAR: (Chef der Sicherheitspolizei, führender Neostalinist):

"Wir sind uns vollkommen darüber im klaren, daß der jetzige Kampf in anderen Dimensionen geführt wird. Schon lange haben wir aufgehört, unsere Aufmerksamkeit auf die Spione zu konzentrieren, die sich für unsere ausgedienten Kriegsschiffe interessieren. Nicht auf diesem Wege wird der Kampf um die von Kapitalisten begehrte Informationen über unser Land geführt.

Ein wichtiges Instrument des psychologischen Krieges ist 'Radio Freies Europa'. Die Sendungen des RFE werden von der amerikanischen Diplomatie studiert. Durch ihre Kontakte erforscht sie die Meinungen gewisser Kreise hier in Warschau über den Inhalt dieser Sendungen, die dann entsprechend korrigiert werden."

Artur STAREWICZ (Zk-Sekretär für Kultur und Propaganda, vorher Leiter des Pressebüros der Partei, Vertreter der gemäßigten Mitte):

Die ideologische Front werde ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn jeder Redakteur, jeder Schriftsteller, jeder Filmregisseur, jeder Theaterdirektor, jeder Verleger sich aus eigener Überzeugung nach den politischen und ideologischen Richtlinien der Partei orientiere.

Es gebe gewisse Hindernisse, gewisse ideologische Barrieren, die immer noch die Partei von bestimmten Kreisen isolierten. Es gebe aufgeschichtete Ressentiments und Vorurteile, die einen Teil unserer Intelligenz belasteten, obwohl ihre überwiegende Mehrzahl in Volkspolen großgeworden sei. Auf dem Bewußtsein vieler Intellektueller laste der traditionelle pro-westliche Snobismus, der versteinerte Mythos der Überlegenheit der sog. westlichen Zivilisation, Kultur, Technik und Wissenschaft. Er verbinde sich meistens mit Mißtrauen und der nationalistischen Abneigung gegen alles,

was im Osten geschehe, mit der Unkenntnis und Geringschätzung der sowjetischen Errungenschaften. Der katholische Universalismus, die Art, wie die Kirche die Zugehörigkeit Polens zur christlichen Zivilisation interpretiere, bilde eine der wichtigsten weltanschaulichen Stützen dieser Haltung. Man fröne sogar den im Westen lancierten Ansichten über die Angleichung von Sozialismus und Kapitalismus, über die künftige Synthese der gesellschaftlichen Systeme. Solche und ähnliche Ansichten, mit denen man nicht ausreichend oder überhaupt nicht polemisiere, bildeten die Basis für die ideologische Koexistenz mit dem Kapitalismus. Mit diesen falschen Ansichten und Traditionen, mit dieser Haltung, die jedes Klassenbewußtseims bar sei, müsse ein hartnäckiger Kampf geführt werden. Ohne solchen Kampf lasse sich die Intelligenz von der Last der alten Begriffe nicht befreien.

3) Polemik mit den chinesischen Kommunisten

Nachdem der Konflikt zwischen den sowjetischen und chinesischen Kommunisten auch im Ostblock als Tatsache anerkannt ist, mußte auch Warschau zu diesem Problem klar Stellung nehmen. Man weiß, daß der Kommunist GOMULKA die Spaltung der kommunistischen Bewegung als schweren Schlag empfand. Solange sie im sowjetischen Lager nicht offen zugegeben wurde, bemühte sich Warschau mindestens darum, die bestehende Kluft durch scharfe Polemiken nicht unnötig zu vergrößern. Dieses Motiv fällt natürlich jetzt aus. Dennoch ist der Ton der polnischen Presse um einige Nuancen zurückhaltender als die sowjetischen Angriffe.

"Marxistisch-leninistische Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution" - schrieb am 1. August der Parteisekretär Jałosinski, - "haben Gültigkeit für alle Länder und Kontinente. Es gibt nicht, und es kann auch nicht einen speziellen Marxismus-Leninismus für Europa und einen anderen für Asien geben. Wir können die kurzsichtigen und den

Interessen eines jeden sozialistischen Landes und der sozialistischen Gemeinschaft widersprechenden Theorien nicht akzeptieren, nach denen beim wirtschaftlichen Aufbau Autarkie und Separatismus im Vordergrund stehen."

Am 17. August erschien in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" ein Artikel, der eine grundsätzliche Stellungnahme zur Haltung Chinas enthält.

"Es handelt sich nicht", so heißt es im polnischen Blatt, "nur um differierende Ansichten zur Frage der friedlichen Koexistenz, der aktuellen Klassen- und Befreiungskämpfe in den ehemals kolonialen Ländern, sondern auch um interne gesellschaftlich, wirtschaftliche und politische Probleme der Länder, die den Sozialismus aufbauen. Die Chinesen stellen eine eigene Theorie über die Transmissionskräfte, Wege und Methoden des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus auf. Diese Theorie widerspricht aber den bisher anerkannten Richtlinien.

Man kann den Mechanismus des gegenwärtigen Klassenkampfes und nationalen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus nicht richtig beurteilen, wenn man die revolutionären Beispiele der sozialistischen Staaten als eine der wichtigsten Transmissionskräfte der heutigen geschichtlichen Prozesse nicht berücksichtigt. Die Ausserachtlassung eines so wichtigen Faktors durch die chinesischen Genossen läßt sich lediglich durch ihren mangelnden Glauben an die Entwicklungsmöglichkeiten des sozialistischen Systems erklären. Die chinesischen Genossen entfernen sich damit von einer kardinalen Feststellung Lenins. Gleichzeitig untergraben sie eines der fundamentalen Prinzipien des proletarischen Internationalismus, welche besagt, daß die hartnäckige Arbeit für die Entwicklung der sozialistischen Staaten eine äußerst wichtige Form unserer unmittelbaren Hilfe für die Massen ist, die um ihre gesellschaftliche und nationale Befreiung kämpfen...

Es fällt auf, daß die Chinesen, in dem sie dies verschweigen und einer separate Konzeption über die Transmissionskräfte des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus entwickeln, letzten Endes eine Umkehrung aller Erfahrungen lancieren. Noch vor Jahren betonte man dort einseitig die politischen Faktoren und Veränderungen in der Distribution der materiellen Güter und übergang dabei die

Rolle des konkreten wirtschaftlichen Aufbaus. Die chinesischen Funktionäre verschieben diese Probleme des konkreten wirtschaftlichen Aufbaus in ihren programmatischen Vorschlägen, die für unsere ganze Bewegung gedacht sind, auf den zweiten Platz...

Die erwähnten Umstände erklären auch die Ursachen des Mißtrauens und der Abneigung der chinesischen Funktionäre gegenüber den Faktoren des materiellen Anreizes für die Menschen, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen. Auch hier handelt es sich nicht um eine Konzeption für den internen Gebrauch, sondern um einen programmatischen Vorschlag für die ganze Bewegung. Die Annahme dieser Konzeption würde den Fortgang unseres wirtschaftlichen Aufbaus empfindlich stören."

Am 21. August setzte "Trybuna Ludu" die Polemik mit den chinesischen Kommunisten fort und machte ihnen zum Vorwurf, daß sie die sozialistische Demokratie als Symptom des Revisionismus bezeichnen und bekämpfen. "Diese Haltung", so meint das polnische Blatt, "kann uns aber von der Schädlichkeit der demokratischen und humanistischen Ideale für unsere Bewegung nicht überzeugen."

Am 23. August verließ "Trybuna Ludu" den Boden der sachlichen Polemik und bekundet "Bestürzung und Abscheu" wegen der chinesischen Verleumdungen, die gegen die KPdSU gerichtet worden seien.

"Unsere Partei, unsere Regierung und die Bevölkerung bedauern aufrichtig und tief, daß die chinesische Leitung die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinsamkeit zerschlägt. Verblindet durch die falschen Großmachtambitionen führt sie eine Politik, die der generellen Linie der überwiegenden Mehrheit der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Weltbewegung widerspricht."

Am 27. August befaßte sich das polnische Parteiblatt mit einer weiteren Abweichung der chinesischen Kommunisten:

"Zu den Fehlern der chinesischen Funktionäre, die bei gesundem Menschenverstand am meisten Erstaunen erwecken, gehört die These

über den Vorrang der nationalen Befreiungsbewegung gegenüber der revolutionären Weltbewegung. Die Aufstellung der These, nach welcher der Schwerpunkt der revolutionären Weltbewegung sich auf die 'dritte Welt' verlagert, beweist, daß (die Chinesen) kleinbürgerliche Positionen einnehmen und die Bedeutung des sozialistischen Systems und des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse unterschätzen. Vieles spricht dafür, daß das Hauptziel der Aufstellung dieser falschen Konzeption ein Versuch war, sich auf billige Weise bei den Völkern der 'dritten Welt' anzubiedern und sie für die chinesischen Ansichten zu gewinnen...

Die separatistische Aktion der chinesischen Funktionäre beschränkt sich aber nicht auf Worte. Sie wollen den Weltgewerkschaftsbund, die internationale Frauenbewegung und die Weltfriedensbewegung spalten und separatistische afro-asiatische Organisationen bilden..."

4. Atomabkommen und die Bundesrepublik

Mit unfreundlichen Kommentaren versah die polnische Presse die politischen Vorgänge in Bonn vor der Unterzeichnung des Atomabkommens.

am 9. August schrieb "Zycie Warszawy":

"Die Regierung der Bundesrepublik sagte zwar nicht nein zu dem Moskauer Abkommen, jedoch tat sie, was sie konnte, um seine Bedeutung abzuschwächen. Was alle mit Erleichterung begrüßten, nimmt die Bundesrepublik nur schweren Herzens an. Eine weitere Entspannung zwischen Ost und West ist der Bundesrepublik ein Greuel..."

Warum ist die Bundesregierung, wie wir es oft betonten, gegen den Frieden? Besteht sie etwa aus lauter ehemaligen Nazis, Neofaschisten, Kriegshetzern? Das haben wir nie geglaubt. Jeder, die Deutschen in der Bundesrepublik nicht ausgeschlossen, möchte im Frieden sein Leben vollenden. Jedoch die subjektiven Absichten der Menschen müssen nicht unbedingt den objektiven Konsequenzen ihrer Taten entsprechen. Der Bonner Staat entstand als eine Formation, deren Aufgabe die Révision der jetzigen Kräfteverhältnisse in Europa und in der Welt ist. Er war vom ersten Augenblick an so konzipiert und in diesem Charakter auch von den Westmächten akzeptiert...

Aber diese Politik muß betreten werden. Die neue Kräfteverteilung in der Welt, immer günstiger für das sozialistische Lager, zwang die USA zu einer 'schmerzlichen' Revision dieser Politik.

Präsident Kennedy ist nebenbei gesagt ein typischer Exponent dieser Konzeption, die auf Achtung der neuen Machtverhältnisse, der Tatsachen beruht...

Eine solche 'schmerzliche Revision' steht aber auch vor der Bundesrepublik. Sie wird um so schmerzlicher sein, weil das Fundament der Bundesrepublik aus Revisionismus und Revanchismus besteht. Die Bundesrepublik besteht ja nur dazu, um alle deutschen Gebiete zu vereinigen, also brutal gesagt, um die DDR zu unterwerfen und nach Schlesien und Pommern zu greifen. Und gerade diese Doktrin macht aus der Regierung, ob sie will oder nicht, ein Gremium, das gegen Entspannung und Frieden sein muß. Denn Frieden bedeutet Anerkennung der DDR und unserer Westgebiete...

Die Anti-Adenauer Opposition in seiner eigenen Partei und um so mehr in der SPD merkt immer deutlicher, woher der Wind weht. Sie wagt zwar auch nicht offen zu sagen, daß sie auf den Revisionismus verzichtet und die territorialen Veränderungen des II. Weltkrieges akzeptiert, betrachtet aber immerhin die Wirklichkeit etwas nüchterner. Vor übertriebenem Optimismus sollten wir uns jedoch hüten."

5) Breslau als "Neu-Lemberg"

Wilna und Lemberg gehörten vor dem Kriege zu den bedeutendsten Zentren der polnischen Kultur. 5 Millionen polnischer Einwohner der östlichen Gebiete des Staates wurden nach dem Kriege (Soweit sie nicht in sowjetischen KZ-Lagern und Gefängnissen starben) hauptsächlich in Niederschlesien (die Lemberger) und in Ostpreußen und Pommern (Die Wilnaer) angesiedelt.

Im kommunistischen Polen gibt es keine Vertriebenen-Organisationen, man schreibt nur selten über die verlorene Heimat, denn sie soll auf Wunsch der Machthaber vergessen werden. Das dem aber nicht so ist, beweist ein Artikel, der in "Zycie Warszawy" am 19. August erschien.

"Breslau zieht die Jugend aus dem ganzen Lande an. Ein Teil kommt aus den Dörfern, um in den Fabriken Arbeit zu suchen, ein anderer Teil, um hier zu studieren. Besonders charakteristisch erschien uns der große Zulauf der Jugend aus östlichen Wojewodschaften (gemeint ist natürlich der jetzige Ostteil des Landes - uns. Anm.). Sollten hier etwa traditionelle Sentiments im Spiele sein? Angeblich und - oh Wunder! - ja."

Es handelt sich einfach darum, daß Einwohner der jetzigen süd-östlichen Gebiete Polens immer Lemberg als ihr wirtschaftliches und geistiges Zentrum betrachteten. Diese Stadt liegt jetzt 100 km östlich der polnischen Grenze, die Menschen aber, die früher in Lemberg lebten, sind am ehesten in Breslau und anderen niederschlesischen Städten zu treffen. So wurden beispielsweise Professoren und Dozenten der Lemberger Hochschulen sowie manche wissenschaftlichen Institute und Sammlungen nach Breslau verlegt.

"Zycie Warszawy" zitiert folgende Anekdote:

"Beim Leiter des Fernstudiums an der Breslauer Universität meldet sich eine Gruppe von Grenzschutzoffizieren aus Przemyśl (Südostpolen) mit der Bitte um Aufnahme zum Fernstudium. Der Professor winkt ab: Ihr habt doch in der Nähe Krakau und Lublin! Man antwortete ihm: Die Kontakte mit Breslau sind für uns am günstigsten, wenn auch nicht verkehrsmässig, so doch im psychologischen Sinne."

6) "Annullierte" Teilung Polens

Am 29. August erinnerte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" an einen Erlaß Lenins aus dem Jahre 1918, in welchem alle Abkommen mit Österreich und Preußen über Teilung Polens als "mit dem revolutionären Rechtsempfinden unvereinbar" und daher für ungültig erklärt wurden. "Die Unterschrift Lenins", schreibt das polnische Blatt, "symbolisiert die auch heute gültige Haltung eines Revolutionären, dem ein Bedanke an Raub der fremden Gebiete fernliegt."

Derselbe Lenin zögerte aber nicht, gleichzeitig den Freiheitskampf des ukrainischen Volkes zu unterdrücken. Kaum zwei Jahre nach der Unterzeichnung des "Annullierungs-Erlasses", im Sommer 1920, hielt Lenin eine kommunistische Regierung für Polen parat und wollte dieses Land als Sowjetrepublik der Union einverleiben. Nur der Sieg der polnischen Truppen über die Rote Armee verhinderte damals die Verwirklichung des Leninschen Vorhabens.

Was damals nicht gelang, wurde kaum zwanzig Jahre später im Molotow-Ribbentrop-Abkommen nachgeholt. Der damalige sowjetische Außenminister erklärte danach den polnischen Staat als nicht existent.

II. WIRTSCHAFT

1) Wirtschaftliche Ergebnisse des I. Halbjahrs 1963

Der "Winter des Jahrhunderts" ist nach Ansicht der polnischen Planer daran Schuld, daß die wirtschaftlichen Ergebnisse des I. Halbjahrs so schlecht ausfielen. Im Vergleich zur I. Jahreshälfte 1962 erhöhte sich die Produktion der Industrie nur um 3,3 %. Das ist die niedrigste Zuwachsrates, die je nach dem Kriege in Polen erreicht wurde. Die ersten 2-3 Monate des Jahres waren sehr verlustreich, im zweiten Quartal bemühte man sich, diese Produktionsausfälle nachzuholen, was aber nur zum Teil gelingen konnte. Ganze Industriezweige, wie z.B. Hüttenwerke, Baustoff-, Textil- und Lebensmittelindustrie konnten nicht einmal das Vorjahrsniveau erreichen. Am besten hat noch der Maschinenbau abgeschnitten (12,4 % Zuwachs), dagegen erreichte die chemische Industrie, die sich in den letzten 10 Jahren ähnlich schnell entwickeln konnte, diesmal eine Steigerung von nur 4,5 %.

Auch die Arbeitsproduktivität konnte nicht nach Wunsch der Planer gesteigert werden. Statt der eingeplanten 3,2 % erhöhte sie sich in der ganzen Industrie nur um 0,3 %. Die durchschnittlichen Bruttolöhne erhöhten sich nach Angaben des Statistischen Amtes in der gleichen Zeit um 4,5 %, was gewiß nicht im Sinne der Wirtschaftsplaner lag. Allerdings wurden diese Lohnerhöhungen durch die höheren Preise mehr als kompensiert. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist also offensichtlich im ersten Halbjahr 1963 eher gesunken.

Auch auf dem Gebiet des Außenhandels zeichnete sich eine ungünstige Entwicklung ab. Die Ausfuhr erhöhte sich nur um 2,6 %, die Importe mußten infolge dessen auf ein Maß gedrosselt werden, das noch niedriger als im Vorjahre lag. Betroffen wurde vor allem der Warenaustausch mit den "kapitalistischen" Ländern. Mit Besorgnis stellt man in Warschau fest, daß das bis jetzt schnelle Tempo der Entwicklung des Außenhandels in

letzter Zeit eine beunruhigende Tendenz zur Verlangsamung zeigt, und daß diese Tendenz nicht alleine aus den Umständen des I. Halbjahrs 1963 resultiert. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und wichtigen industriellen Erzeugnissen hat sich im Vergleich zum I. Halbjahr 1962 ebenfalls verschlechtert. Das bezog sich insbesondere auf die Versorgung mit Fleisch, Fisch, Butter, Getreideerzeugnissen und Textilien.

2) Versteckte Reserven

Ein überraschendes Geständnis machte "Zywie Warszawy" vom 27. August über versteckte Reserven der Maschinenbauindustrie in Polen. Man wußte schon immer, daß die Produktionskapazitäten bei weitem nicht voll ausgenutzt werden, nur war man sich nicht im klaren darüber, um welche Ausmaße es sich handelt. Die veröffentlichten Zahlen haben in dieser Hinsicht viele überrascht. Es stellt sich heraus, daß im Jahre 1957 die nicht ausgenutzten Reserven der Maschinenindustrie 80 % betragen, d.h. daß man ohne nennenswerte Investitionen die Produktion dieses Industriezweiges um 80 % hätte vergrößern können. Der Wert der tatsächlich hergestellten Maschinen erreichte in jenem Jahre 37 Milliarden Zloty. Gleichzeitig baute man aber - unnötig - neue Produktionsbetriebe, weil man die Produktion erhöhen wollte.

In den folgenden Jahren wurden die nicht ausgenutzten Produktionsreserven beträchtlich vermindert und betragen nach heutigen Schätzungen nur 12 %. Der präsumptive Wert der nicht hergestellten Maschinen beträgt also heutzutage "nur" ca. 12 Milliarden. Man schätzt, daß während der kommenden zwei Jahre diese Reserven auf 2 % schrumpfen werden.